

# Stellungnahme

Eingebracht von: Penninger, Jasmin

Eingebracht am: 18.09.2020

---

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich erhebe nicht nur klar Einspruch gegen alle der angegebenen geplanten Änderungen der entsprechenden Gesetzestexte in dieser Form – ich fordere außerdem zugleich und dringlich eine klare, nachvollziehbare Erklärung der Regierung der wissenschaftlichen, ökonomischen, und medizinischen Grundlagen all jener bis jetzt getroffenen Entscheidungen sowie aller weiteren Entscheidungen in Bezug auf COVID-19. Ich bitte dafür dringlich um eine eingehende Auseinandersetzung der Regierungsbeauftragten (und im eigentlichen Sinne geht doch die ‚Herrschaft vom Volk aus‘ in Österreich, zumindest bedeutet das doch der Terminus ‚Demokratie‘?) im Parlament mit all den genannten Punkten des Ihnen vorliegenden Offenen Briefes der Plattform RESPEKT, der bereits am 3. Juli 2020 verfasst / an Sie geschickt wurde und dem ich mich nach wie vor vollinhaltlich anschließe.

Jegliche vorgeschlagene Veränderung der bestehenden gesetzlichen Grundlagen signalisiert nur noch mehr unnötige Einschränkungen des individuellen und sozialen Lebens. Ich sehe die Änderungsvorschläge in keiner Weise als zum Schutz der Bevölkerung notwendig oder gerechtfertigt an. Nicht nur muten die ‚Corona-Maßnahmen‘ der österreichischen Regierung bis dato aus der Perspektive zahlreicher kritischer BürgerInnen als absolut ungerechtfertigt, wissenschaftlich nicht fundiert und in ihren Motiven als äußerst fragwürdig an, nein – sie sind zudem ein deutlicher Einschnitt in die Grundrechte der österreichischen BürgerInnen und ich sehe die gesamte Entwicklung des österreichischen Staates als äußerst kritisch an.

Bitte hören Sie endlich auf mit der Panikmache, lassen Sie ehrliche und fachkundige ExpertInnen sprechen, schaffen Sie die Bedingungen für realitätsgetreuere, deeskalierende Berichterstattung und hören Sie bitte endlich auf, meine Rechte und die Rechte meiner MitbürgerInnen dermaßen zu bedrohen. Das ist im Parlament nicht Ihre Aufgabe. Sie alle sollten im Dienste des Volkes stehen und das sehe ich mit diesen Änderungen nicht gegeben.

Danke für die Kenntnisnahme.

Mit besten Grüßen,

Jasmin Penninger, MA